

Vorlage Nr. I 17/2023		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

**Antrag zur Aufstellung des Stellenplans 2024/2025
Einrichtung einer Stelle als Beschäftigte:r in der Behörden- und Onlinekommunikation
(w/m/d)**

A Problem

Der Stabsbereich 90/4 der Ortspolizeibehörde ist neben der Präventionsarbeit u.a. zuständig für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Bremischen Landespressegesetz. Insbesondere umfasst dies die Bedienung des Informationsrechts der Medien über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse im Sinne einer offensiven, transparenten und stets aktuellen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (PÖA). Die Ortspolizeibehörde ist aufgrund ihres öffentlichkeitswirksamen Aufgabenfeldes im stetigen Austausch mit regionalen und überregionalen Medienpartnern.

Die in diesem Aufgabenfeld zu bedienenden Medien haben sich allerdings in der allseits bekannten Geschwindigkeit weiterentwickelt. Printmedien treten vermehrt in den Hintergrund, wohingegen Onlinemedien und die damit verbundenen geringen Reaktionszeiten heute im unmittelbaren Fokus der PÖA stehen. Aus diesem Grund wurde bei der Ortspolizeibehörde eine Stelle als Beschäftigte:r in der Behörden- und Onlinekommunikation (w/m/d) eingerichtet. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass insbesondere den steigenden quantitativen aber auch qualitativen Anforderungen nicht durch eine/einen Beschäftigte:n in der Behörden- und Onlinekommunikation (w/m/d) begegnet werden kann. In der Konsequenz ist die Einrichtung einer weiteren entsprechenden Stelle für die Ortspolizeibehörde zwingend erforderlich.

B Lösung

Es ist beabsichtigt, zum Stellenplan 2024/2025 eine Tarifbeschäftigtenstelle nach EG 9 c TVöD/VKA einzurichten.

C Alternativen

Keine

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Einrichtung einer Planstelle nach EG 9 c TVöD/VKA für die Tätigkeit als Beschäftigte:r in der Behörden- und Onlinekommunikation (w/m/d).

Die Personalkostenerstattung erfolgt zu 100 Prozent durch das Land Bremen.

Genderaspekte sind nicht betroffen.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere

Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem als Anlage beigefügten Stellenplanantrag 2024/2025 zur Einrichtung einer Tarifbeschäftigtenstelle, ausgewiesen nach der Entgeltgruppe 9 c TVöD/VKA zu.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Stellenplanantrag